

II-7831 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3848 J

A n f r a g e

1992 -11- 30

der Abgeordneten Dr. Gaigg, Mag. Kukacka
und Kollegen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Situation in der Linzer Neustadt

In den Extra OÖ-Nachrichten vom 15. Oktober 1992 erschien folgender Artikel, der auf untragbare Zustände hinweist:

VIII

Extra-Nachrichten

Linz: Magistrat reagiert auf Bürger-Beschwerden – Begrenzte Möglichkeiten

Mehr Polizei und bessere Integration gegen Konflikte im „Türkenviertel“

(OÖN-pfa). Rasche Reaktion der Stadt auf die zunehmenden Probleme zwischen Linzern und ihren ausländischen Mitbürgern im Neustadtviertel. Bessere Integrationsmaßnahmen, aber auch eine strengere Überwachung der Vereinslokale und mehr Polizei auf den Straßen sind die Mittel, mit denen der Magistrat die Konflikte entschärfen will.

Über wachsende Probleme im Zusammenleben mit den Ausländern klagten vor kurzem etliche Bürger, die in der Gegend um die Humboldtstraße wohnen (die OÖN berichteten.) Die Stadt Linz hat auf diese Beschwerden nun reagiert und ein Maßnahmenpaket erarbeitet, daß diese Probleme aus der

Welt schaffen soll. „damit die Linzer mit ihren ausländischen Mitbürgern wieder friedlich Zusammenleben können“, wie Bürgermeister Franz Dobusch (SP) betont.

Da besonders die ausländischen Vereinslokale, wo sich etliche Betreiber weder um Sperrstunden noch um andere behördliche Auflagen

kümmern, bei den alteingesessenen Bürgern für Unmut sorgen, hat Dobusch das Bezirksverwaltungsamt angewiesen, diese verstärkt zu überprüfen. „Finden wir jemanden, der unter dem Deckmantel Verein eigentlich einen Gaststättenbetrieb aufgezogen hat, dann gibt es natürlich Strafen und der Besitzer muß um eine Konzession ansuchen“, so der Bürgermeister.

Außerdem hat das Linzer Stadtoberhaupt in einem Schreiben den Polizeidirektor ersucht, die Präsenz der Gesetzeshüter im Neustadtviertel zu verstärken, damit die Bürger sich „sicherer fühlen“. Vor allem soll dadurch der Straßenstrich, der sich in den vergangenen Monaten gebildet hat, wieder zum Verschwinden gebracht werden.

Neben verstärkter Präsenz von Polizei und Behörden setzt die Stadt aber auch auf vermehrte Integrationsmaßnahmen. So ist ein Jugendzentrum geplant, in dem sich

ausländische und österreichische Buben und Mädchen treffen können.

Außerdem wird dem Magistrat eine Arbeitsgruppe einrichten, in der neben diesen ersten Maßnahmen, weitere Möglichkeiten gefunden werden sollen, um das Konfliktpotential zu entschärfen. Dobusch verweist aber auch darauf, daß der Stadt nur begrenzte Möglichkeiten zur Verfügung stehen. So könnte gegen die Miethaie, die in ihren Häusern massenweise Ausländer unterbringen, nur schwer etwas unternommen werden. „Allein als Gesundheitsbehörde haben wir hier eine Chance aktiv zu werden“, so das Linzer Stadtoberhaupt.

Dobusch warnt außerdem davor, die Probleme im Neustadtviertel zu dramatisieren, um dann daraus, wie es die FP versucht, politisches Kleingeld zu schlagen. „Von den 6000 Bürgern, die dort wohnen sind höchstens ein Fünftel Ausländer“, so der Bürgermeister

-2-

Wie kritisch die Situation ist, haben die Vorfälle vom 21.11.1992 deutlich gezeigt:

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e :

- 1) Welche Maßnahmen wurden von der Bundespolizeidirektion Linz gegen diese unhaltbare Situation gesetzt und welche sind als Sofortreaktion geplant?
- 2) In welchem Ausmaß wurde bis jetzt das Neustadtviertel durch mobile Streifen überwacht?
- 3) Ist von Seite der Bundespolizeidirektion erhöhte Präsenz von Wachebeamten auf der Straße geplant, um der Bevölkerung ein höheres Gefühl der Sicherheit zu geben?
- 4) Wie werden Sie in Hinkunft eine bessere Koordination in bezug auf angemeldete Demonstrationen zum Magistrat der Stadt Linz sicherstellen?
- 5) Wie viele ausländische Vereine sind im Vereinsregister der Stadt Linz im gegenständlichen Stadtgebiet gemeldet und welchen Vereinszweck haben sie?